

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Bad Schandau und den Stadtmindererrat zu Sohnslein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 6.50 M., monatlich 2.20 M., durch die Post vierteljährlich 6.60 M. (ohne Postgebühren). Einzelne Nr. 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postanstalten, sowie alle Zeitungsboten entgegen.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hefle.



Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Kleinschriftzettel 60 Pf., für auswärtige Auftraggeber 75 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Uebereinkunft), Nekrolog u. Eingekant die Seite 150 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Verantwortlich: Konrad Mohrhammer, Bad Schandau.

Postcheckkonto Leipzig Nr. 34918 :—: Telegramme: Elbzeitung.

Fernruf Nr. 22 Gemeindeverbands-Girokonto Bad Schandau 36.

Nr. 143

Bad Schandau, Dienstag, den 22. Juni 1920

64. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Die Kommunalwahlen in Groß-Berlin haben für die beiden sozialistischen Parteien zusammen eine Mehrheit ergeben.

\* Der Reichspräsident hat nunmehr den Abgeordneten Fehrenbach zum Reichskanzler ernannt.

\* In Berlin starb am Vortage der bekannte demokratische Politiker Staatsminister a. D. Dr. Friedberg.

\* Die Konvention von Spa ist inzwischen auf den 15. Juli verschoben worden.

\* Lloyd George hat erklärt, daß England niemals ein freies Irland dulden werde.

\* Die amerikanische Regierung verlangt von den übrigen Entente-Ländern Rückzahlung der gewährten Kriegsdarlehen.

## Reichskanzler Fehrenbach.

Nicht Müller und nicht Heinze und nicht Trimborn, sondern der Präsident der Nationalversammlung ist dazu ausersehen worden, als neuer Reichskanzler sich am kommenden Donnerstag dem frisch gewählten Reichstage vorzustellen. Genau vierzehn Tage hat es gedauert, ehe der Herr Reichspräsident diese Ernennung vollziehen konnte; wohl die längste Ministerkrisis, die es in Deutschland jemals gegeben hat. Freilich war auch die Aufgabe, die gelöst werden mußte, so ziemlich ohne Beispiel in unserer Geschichte; sie läßt sich wohl mit der Quadratur des Kreises in Vergleich stellen. Und wie sie schließlich mit dem „Block der Mitte“ gelöst worden ist, darüber läßt sich heute nur ein mit aller Anglichkeit verlaufenes Urteil abgeben. Denn dieser Block ist eine Minderheitsregierung, während doch die Weimarer Verfassung ausdrücklich vorschreibt, daß der Kanzler und seine Minister das Vertrauen des Reichstages, also seiner Mehrheit genießen müssen. Wird die Sozialdemokratie ihre zugesicherte Neutralität so weit betätigen, daß sie dem Kabinett Fehrenbach bei seiner Vorstellung am 24. Juni ihr Vertrauen volliert? Oder rechnet man damit, daß die geschildert ferngehaltene deutschnationale Volkspartei vor diesem bürgerlichen Ministerium eine wohlwollende Verbeugung machen wird? Und wenn die ersten Parlamentstage noch glücklich ablaufen, besteht Aussicht dafür, daß nicht irgendein unvorhergesehener Zwischenfall die Mehrheit von heute sehr bald in eine Minderheit von Morgen verwandelt? So viele Fragen, so viele Sorgen. Aber es nützt alles nichts, der Versuch muß gewagt werden, und wie die Dinge liegen, verdient Herr Fehrenbach den Dank des deutschen Volkes für die Bereitschaft, trotz aller bestehenden Bedenken in die Bresche zu springen. Ein leichtes Kanzlerleben ist es nicht, dem er entgegengeht.



Konstantin Fehrenbach.

Ein Rechtsanwält aus Freiburg im Breisgau. Man kennt ihn, seine Art und sein Wesen schon ziemlich genau aus seiner Tätigkeit als Präsident der Nationalversammlung. Summervoll, geruhiger Überlegenheit pflegte er seines Amtes zu walten, stets auf dem Sprunge, aufgeregte Volksvertreter durch süddeutsche Gemütslichkeit wieder zu Sanftmut und freundlicheren Umgangsformen zu befehlen. Dabei ein guter Schuß Würde, und recht viel Pathos, wo es von der Feierlichkeit des Augenblicks gefordert wurde. Es mag hier und da wohl einmal eine Situation gegeben haben, wo seine Unparteilichkeit von politischen Gegnern angezweifelt werden konnte, wo im entscheidenden Augenblick nicht das rechte Wort, bei heftigen Zusammenstößen zwischen rechts und links nicht der verbindende Ausgleich sich finden wollte. Im großen und ganzen aber hat er es verstanden, sich bei allen Parteien Ansehen und Wertschätzung zu erwerben, so daß man seiner Überfiedelung ins Reichskanzlerpalais zum mindesten mit der einen Hoffnung entgegensehen kann, daß sie nicht zu weiterer Zuspitzung der Parteigegensätze führen werde. Man muß ihm auch zugestehen, daß er von Anbeginn seiner politischen Laufbahn an auf dem linken Flügel des Zentrums gestanden hat; die Rolle, die er im Zabernfall gespielt hat, legte davon offenes Zeugnis ab. So galt und gilt er auch als rückhaltloser Freund und Gönner des Herrn Erzberger, unter dessen Führung das Zentrum immer näher an die ausgesprochenen Parteien der Linken herangerückt ist. Wenn also die Aufgabe des Augenblicks, nach dem Ergebnis der Wahlen vom 6. Juni, dahin festgelegt wurde, die Fällung mit der Sozialdemokratie unter keinen Umständen zu verlieren, so war Herr Fehrenbach unzweifelhaft der richtige Mann für den Kanzlerposten. Die Sozialdemokraten können gegen ihn im Grunde nur den einen Einwand erheben, daß er einem anderen Lager entstamme; aber da sie selber jede

Beteiligung an der neuen Regierung, trotz immer wiederholter Vermählungen, abgelehnt haben, müssen sie sich mit dieser Tatsache schließlich abfinden. In der Regierung der Mitte, die nach einigermaßen ängstlich geführten Parteiverhandlungen nunmehr glücklich zustande gekommen ist, wird Herr Fehrenbach an erster Stelle die Rolle als „Ausgleichsminister“ zufallen, und man muß schon sagen, daß unter den gegebenen Verhältnissen kaum eine geeignetere Wahl zu treffen war. Als ein günstiges Vorzeichen seiner Wirksamkeit darf ferner in Rechnung gestellt werden, daß bei der Auswahl seiner Mitarbeiter nicht wieder wie bisher in erster Reihe auf ihre Parteizugehörigkeit gesehen werden soll; das wäre immerhin ein gutes Beispiel, das hoffentlich auch in den mittleren und unteren Regionen des Beamtentums wieder mehr Nachahmung finden wird. Auch die Zurückdrängung verfassungsrechtlicher Streitfragen, zu der sich die Parteien der Regierung geeinigt haben, um alle Kräfte auf die Bewältigung der wichtigsten auswärtigen, finanziellen und wirtschaftlichen Fragen des Augenblicks zu sammeln, wird vielleicht Schule machen. Es ist höchste Zeit, daß endlich der Guß begimme, der unseren Wiederaufbau einleiten soll.

Herr Fehrenbach ist nicht der erste Zentrumskanzler, den wir haben. Graf Hertling hat vor ihm den Amtsstuhl des Fürsten Bismarck eingenommen, und er hätte die ihm gestellten Aufgaben vielleicht besser lösen können, wenn er noch im Vollbesitz seiner Arbeitskraft gewesen wäre. Auf Herrn Fehrenbach trifft diese Voraussetzung glücklicherweise zu. Dafür stellt freilich die Gegenwart, nach Kriegsverlust und Revolution, an den Leiter der deutschen Reichsgeschäfte noch ungleich riefenhaftere Anforderungen, als es selbst im Weltkrieg der Fall war. Nur wenn alle guten Deutschen den neuen Kanzler mit voller Hingabe in seinem schweren Werk unterstützen, wird es gelingen können.

Konstantin Fehrenbach wurde geboren am 11. Januar 1852 in Wellendingen, Amt Bonndorf, wo sein Vater Volksschullehrer war. Nach dem Besuch der Volksschule und des Gymnasiums wandte er sich dem Rechtsstudium zu, ließ sich als Rechtsanwalt in Freiburg i. B. nieder, wurde dort 1895 Stadtrat und war von 1901 bis 1913 Mitglied der Zweiten badischen Kammer, von 1909 ab Präsident der Kammer. Im deutschen Reichstage saß er seit 1908. Am 8. Juni 1918 wurde er zum Reichstagspräsidenten, am 12. Februar zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt.

## Die neue Regierung Fehrenbach.

Berlin, 22. Juni. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, kann die Regierungsbildung als vollkommen erreicht angesehen werden, so daß das Kabinett in aller kürzester Zeit gebildet sein wird. Ueber die Besetzung einiger Aemter ist endgültig noch nicht entschieden, weil die für diese Posten in Betracht kommenden Persönlichkeiten ihre Zustimmung noch nicht gegeben haben. Das neue Kabinett wird sich wie folgt zusammensetzen: Reichskanzler Fehrenbach, Minister des Innern Koch, Finanzminister Wirth, Postminister Giesberts, Reichsernährungsminister Hermes, Reichswehrminister Gessler, Reichsjustizminister Dr. Heinze, für das Reichsschatzministerium vorgelesen von Kardorf. Die Besetzung des Reichsverkehrs-, Wirtschafts- und Arbeitsministeriums ist noch nicht entschieden. Für letzteres kommt ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften in Frage. Das Wiederaufbauministerium wird aller Voraussicht nach mit einem anderen Ministerium verbunden werden. An die Errichtung eines besonderen Ministeriums ohne Portefeuille, wie es David im alten Kabinett innehatte, denkt Fehrenbach nicht. Das Auswärtige Amt, dessen sachmännische Besetzung von allen Parteien als dringend erwünscht bezeichnet worden ist, wird durch Geheimrat Simons besetzt werden.

## Die Stelle des Reichstagspräsidenten.

Berlin, 22. Juni. Zu der Blättermeldung, daß die Sozialdemokraten es ablehnen, den Präsidenten des Reichstages zu stellen, erklärt die „Germania“, daß auch beim Zentrum, das schon in hervorragendem Maße an der Regierungsbildung beteiligt ist, wenig Neigung besteht, den Präsidentenposten des Reichstages zu besetzen.

## Die neue anhaltische Regierung.

Deßau, 22. Juni. Der anhaltische Landtag bildete gestern die neue Regierung. Der bisherige mehrheitssozialistische Staatspräsident Delft wurde einstimmig wiedergewählt. Die bisherige Koalition zwischen Demokraten und Mehrheitssozialdemokraten bleibt bestehen. Die Opposition der Rechten und Linken sicherte der Regierung ihre sachliche Mitarbeit zu.

## Verbotene Zeitungen im Maingau.

Frankfurt, 22. Juni. Seit Sonnabend sind nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ diese Zeitung selbst und außerdem sämtliche Maingauer Zeitungen von den Franzosen in Ludwigshafen verboten worden.

## Unruhen in Osnabrück.

Osnabrück, 22. Juni. Vergangene Nacht kam es in der Stadt zu erheblichen Kämpfen. Die Ursache ist in Lebensmittelunruhen zu suchen, die dann weiterhin offenbar politischen Charakter annahmen. Versuche, das Gefängnis zu stürmen, blieben ohne Erfolg. Das Schießen dauerte bis nachts 2 Uhr ununterbrochen an. Der Sicherheitspolizei gelang es bisher nicht, der Unruhen Herr zu werden. Ueber das Eingreifen von Militär ist, trotzdem die Kämpfe fortbauern, bis zur Stunde noch nichts bekannt.

## Arbeiter und Angestellte.

Erfeld. (Unruhen und Arbeitsunterbrechung.) Hier sind neue Unruhen ausgebrochen. Der Betrieb der Barmer Werfbahn ist plötzlich stillgelegt worden. Die Eisenbahner im Erfelder Bezirk sind in den Streik getreten und lassen keine Züge mehr ausfahren. Eine Ausdehnung des Streiks ist mit Sicherheit zu erwarten. Seit einiger Zeit befindet sich die Arbeiterchaft des Rheinlandes in einer gewissen Gärung, was nicht zuletzt auf die scharfen Maßregeln der Rheinlandkommission im Düsseldorf-Bezirk zurückzuführen ist, wo alle Versammlungen verboten worden sind.

Halle. (Der Elektrizitätsstreik beendet.) Der Ausstand der Elektrizitätsarbeiter in Halle ist beendet. Der Magistrat hatte ein Eingreifen der Technischen Hochschule abgelehnt. Er begründete diese Maßnahme damit, daß er die Aufrechterhaltung des Elektrizitätswerkes nicht als lebenswichtig ansehe.

## Der Arbeitgeber als Steuereinnahmer.

Ergänzende Bestimmungen. Nach § 12 Abs. 1 der Bestimmungen über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1920 kann dem Arbeitgeber gestattet werden, statt der Einzahlung des einbehaltenen Betrages durch Steuermarken die Einzahlung unmittelbar in bar oder durch Überweisung an die Steuerbefehle vorzunehmen, die für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer zuständig ist. Um Arbeitgebern mit zahlreichen in mehreren Gemeinden wohnhaften Arbeitnehmern die Durchführung zu erleichtern, wird hierdurch folgendes verordnet:

Beschäftigt der Arbeitgeber mehr als 100 Arbeitnehmer, und sind für die Erhebung der von ihnen zu entrichtenden Einkommensteuer mehrere Steuerbestellen zuständig, so ist der Arbeitgeber berechtigt, den einbehaltenen Betrag an die für die Betriebsstätte oder in Ermangelung einer solchen an die für ihn sonst zuständige Finanzkasse abzuführen. In diesen Fällen hat der Arbeitgeber die Nachweisung — Muster 3 — und zwar in dreifacher Ausfertigung, bei derselben Klasse einzureichen. Die Nachweisung ist einseitig zu beschreiben und so einzurichten, daß die einzelnen Abschnitte ohne Abschreibung auf die Finanzämter verteilt werden können, die für die Erhebung der Einkommensteuer der Arbeitnehmer in Betracht kommen; die einzelnen Arbeitnehmer sind zunächst nach Wohnorten zusammenzufassen. Die Finanzkasse hat die Nachweisung dem für sie zuständigen Finanzamt abzugeben. Das Finanzamt trennt die Abschnitte und leitet sie an die für die einzelnen Arbeitnehmer zuständigen Finanzämter weiter.

## Wissenschaftliche Betriebsführung.

Von Georg Hammerichlag.

Als vor einigen Jahren die beiden Amerikaner Taylor und Gilbreth mit ihrem System der wissenschaftlichen Betriebsführung in die Öffentlichkeit traten, fehlte es auch bei uns in Deutschland nicht an Versuchen, dieses System in den industriellen Betrieben einzuführen. Der Erfolg war ein vollkommen negativer. Die Arbeiterschaft lehnte sich insgesamt gegen das „Bironenqueisch“ oder „Gehvogel-System“ auf. Schließlich wurde das Taylor-System mit dem Urteile beiseite gelegt, daß es vielleicht für amerikanische Verhältnisse, aber nicht für deutsche passend sei.

War das Taylor-System aus den Werksstätten verbannt, so beschäftigte sich doch die deutsche Wissenschaft weiter mit der Frage der wissenschaftlichen Betriebsführung. Bironenqueisch oder Gehvogel-System, der Arbeiter hatte das Empfinden, daß er ausgebeutet wurde; da lag der Haken. Die Amerikaner hatten wohl eine Methode gefunden, um einen Betrieb so zu führen, daß er möglichst viel Nutzen dem Unternehmer abwarf, aber sie hatten sich nicht genügend mit der Frage beschäftigt, wie erhalte ich den Arbeiter leistungsfähig und arbeitsfreudig. Wie erziele ich als Unternehmer den größten Nutzen bei größter Schonung des Arbeiters? So mußte die Frage lauten.

Die Wissenschaft, welche sich zur Aufgabe macht, diese Frage zu beantworten, nennen wir Psychotechnik. Obwohl als Wissenschaft noch recht jung, so kann sie heute doch bereits auf ganz ausgezeichnete Erfolge zurückblicken. Die betriebswissenschaftlichen Erfahrungen sind heute schon so zahlreich, daß wir im folgenden uns damit bedienen müssen.



einen nur sehr kleinen Ausschnitt aus dem gewaltigen Gesamtgebiete zu betrachten.

Das erste Erfordernis für eine mihbringende Betriebsführung ist, daß man jeden Arbeiter an die Stelle setzt, für die er am meisten geeignet ist. Es ist dies fast eine selbstverständliche Forderung, der wohl auch im großen ganzen bei den gelehrten Handwerken bisher Folge geleistet wurde, nicht aber bei den ungelerten und bei den Lehrlingen. Die Psychotechnik gibt nun Verfahren an, wie der Arbeiter oder Lehrling vor seiner Einstellung auf seine Eignung für den ihm zugedachten oder von ihm gewählten Beruf experimentell geprüft werden kann. Von der Unparteilichkeit der Methode kann sich der Prüfling immer selbst überzeugen. Diese sogenannte Eignungsforschung soll nun durchaus keine Vergewaltigung des Arbeiters darstellen. Der Arbeiter soll vielmehr in seinem Interesse wie im Interesse des Unternehmers beraten werden, zu welchem Beruf er am besten taugt. Der Vorgang bei der Eignungsforschung gestaltet sich bei der Prüfung für jeden Beruf naturgemäß anders. Es mögen hier beispielsweise drei ganz verschiedene Fälle behandelt werden.

Als erstes Beispiel soll die Prüfung eines Kraftwagenführers betrachtet werden. Als hervorragende Eigenschaft fordern wir bei ihm ein rasches und entschiedenes Handeln auf Augenreise, oder wie man in der Wissenschaft sagt auf optische Reize. Nämlich so: Unser Kraftwagenführer kommt zu einem Hindernis, sagen wir zu einer scharfen Wegkurve. Er muß sofort die Kurve erkennen, d. h. den Augenreiz aufnehmen und danach handeln, d. h. zur rechten Zeit, nicht zu früh und nicht zu spät die notwendige Bewegung mit dem Lenkrad ausführen. Wie prüfen wir nun unseren Lehrling, der Kraftwagenführer werden soll, auf diese Eigenschaft? Wir geben ihm einen Gummiball in die Hand, und sobald eine gewisse Glühlampe aufblitzt, soll er so rasch wie möglich den Gummiball zusammenbrücken. Gemessen wird die Zeit, welche zwischen dem Ausleuchten der Glühlampe und dem Zusammenbrücken des Walles verstreicht. Die Länge dieser Zeit ist das umgekehrte Maß seiner Fähigkeit zu raschem Handeln. Dabei wäre noch zu erwähnen, daß manche Prüflinge noch vor dem Erscheinen des Lichtsignals die Reaktionshandlung, wie man sagt, ausführen. Es sind dies die sogenannten „nervösen“ Leute, die natürlich von vornherein als Kraftwagenführer ungeeignet sind.

Als zweites Beispiel wollen wir die Prüfung eines Drehers betrachten. Von einem Dreher fordern wir vornehmlich Augenmaß, Feingefühl in den Fingern, eine ruhige und sichere Hand. Der Prüfling bekommt nun die Aufgabe, in die verschieden geformten und verschieden großen Löcher einer Platte genau passende Stöpsel in möglichst kurzer Zeit zu stecken. Der Leser wird von selbst erkennen, daß in kurzer Zeit diese an und für sich sehr einfache Aufgabe doch nur von einem Manne mit den erwähnten Eigenschaften gelöst werden kann, und daß die Länge dieser Zeit, die er für diese Aufgabe braucht, ein Maß für seine Eignung ist.

Zuletzt sei noch erwähnt die Prüfung eines Schmiedes auf Muskelkraft, insbesondere auf Arm-, Hand und Fingerkraft. Da benutzt man sogenannte Kraftmesser oder Dynamometer, Instrumente, welche nach Art der Federwagen gebaut sind, und wo durch automatisches Einstellen eines Zeigers auf einer Skala die auf die Feder ausgeübte Höchstkraft in Gewichtsmass direkt abgelesen werden kann. Damit der Prüfling wirklich auch nur mit dem Glied, dessen Muskelkraft man messen will, arbeitet, nicht auch mit anderen Gliedern oder gar mit dem ganzen Körpergewicht nachhilft, gibt es Einrichtungen, um die übrigen Glieder auf vollkommen schmerzlose Art so einzuspinnen, daß ein Mitarbeiten unmöglich wird.

Bei allen Eignungsprüfungen bleibt man nicht bei einem Einzelergebnis stehen. Das wäre doch eine sehr zufällige und oberflächliche Beurteilung, sondern man führt eine ganze Reihe von gleichartigen Versuchen aus und nimmt dann als Eignungsmaß den Mittelwert. Auch treten bei der dauernden Arbeit stets Ermüdbungs- und auch Abmüdigungserscheinungen auf, die unbedingt auch bei der Prüfung erkannt und berücksichtigt werden müssen, und die häufig ein vielfaches Wiederholen des Eignungsversuches in regelmäßigen Zeitabständen notwendig machen. Insbesondere bei der Prüfung auf Körperkraft ist es durchaus nicht dasselbe, ob der Prüfling nur ein einziges Mal oder hintereinander in regelmäßigen Zeitabständen die jeweilige höchste Arbeit leisten soll. Im zweiten Fall sinkt im allgemeinen nach anfänglichem kurzen Anstieg die Arbeitsleistung mit der Zeit ganz erheblich, und das Maß des Kraftabfalles in der Zeit wird für die Eignung sehr stark mitbestimmend sein. Es zeigen sich zunächst Ermüdbungs- und dann Abmüdigungserscheinungen, deren Beurteilung aber eine besondere Betrachtung für sich erfordert.

Nun wird sich die Frage aufdrängen: Sind denn diese Methoden untrüglich? Unsere Leistungsfähigkeit hängt doch mit so vielen Faktoren verwickeltester Art zusammen, die doch unmöglich alle durch so einfache Versuche in Rechnung gezogen werden! Aber diese Frage ist berechtigt. Jeder Psychotechniker wird, bevor er zur Prüfung eines Arbeiters schreitet, sich besonders teilnahmsvoll nach dessen Befinden erkundigen. Er wird fragen, ob er in der Nacht gut geschlafen hat, wieviel Zigaretten er vorher geraucht, ob er sich nicht am Abend zuvor beim Alkohol gut unterhalten usw. Ferner wird bei jedem größeren Betriebe der Arbeiter vor Einstellung einer ärztlichen Untersuchung unterzogen, und der Arzt macht unbedingt den Prüfungsingenieur vorher mit eventuellen körperlichen Störungen beim Prüfling vertraut, so daß im allgemeinen das psychotechnische Urteil nicht nur akademischen, sondern auch praktischen Wert besitzt. Die Erfahrungen, die man bisher in industriellen Betrieben mit der Eignungsprüfung gemacht hat, bestätigen dies auch vollends. Aber auch wenn manche Faktoren bisher unberücksichtigt geblieben sind, so können wir doch annehmen, daß durch die systematische wissenschaftliche Arbeit wir immer mehr Wege finden werden, um Zufälligkeiten auszuschalten oder als Gefährde zu erkennen und zu berücksichtigen. Die beispiellosen Erfolge, die jetzt schon errungen sind, geben uns zu dieser Hoffnung berechtigten Anlaß.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

\* **Deutschlands Entwaffnung.** Wie amtlich aus Paris gemeldet wird, hat die Vorkonferenz die Entscheidung über die Frage der Entwaffnung Deutschlands getroffen. Die Entscheidung entspricht der der interalliierten militärischen Komitees und wird den Regierungschefs in Vologne mitgeteilt werden. Dieser amtlichen Mitteilung fügt „Le Temps“ hinzu, daß das deutsche Heer bis zum 10. Juli auf 100 000 Mann vermindert werden müsse. Sollte dies Heer nicht genügen, um die innere Ordnung aufrechtzuerhalten, so

würde man zur Schaffung regionaler Polizeitruppen schreiten müssen.

\* **Volkswirtschaftliche Betrachtungen über die Reichstagswahl.** Eines der Hauptorgane der russischen Volkswirtschaft schreibt zu dem Ergebnis der deutschen Wahlen, daß sich die politischen Gegensätze in Deutschland sehr verschärft haben, indem sie den beiden extremen Richtungen von rechts und links einen Erfolg brachten. Fünf Millionen Wähler hätten ihre Entscheidung für die Diktatur der Arbeiter abgegeben. Deutschland sei ohne Zweifel reif für eine revolutionäre Krise. Die Revolution müsse und werde losbrechen und die Verräter der Arbeiterklasse hinwegfegen.

\* **Ungeklärte Geheimbefehle.** Amtlich wird bekanntgegeben: Das „Echo du Rhin“ vom 31. Mai 1920 bringt den Wortlaut eines angeblichen Geheimbefehls des Reichswehrministeriums mit der Unterschrift des Oberst Heye, worin die Unterbringung der bisherigen aktiven und inaktiven Offiziere in guten Stellungen gefordert wird, damit man „später auf sie zurückgreifen“ könne. Ein Befehl gleichen oder ähnlichen Wortlautes ist seitens des Reichswehrministeriums niemals ergangen. Es kann sich nur um eine Fälschung handeln.

\* **Spa nochmals verschoben.** Nach Berichten aus Paris wird die Verschiebung der Konferenz in Spa auf den 15. Juli wegen der Schwierigkeiten der Kabinettsbildung in Deutschland bestätigt. Zur Konferenz in Vologne berichtet „Matin“, man könne sich entschließen zu haben, die deutsche Armee auf 100 000 Mann zu beschränken.

\* **Die Entente fordert Vorkonferenzbehandlung.** Der Vorkonferenzrat in Paris hat den Text einer Note an die deutsche Regierung wegen der angeblich unterirdischen Behandlung bei der Ausfuhr und der Zollzahlung festgelegt.

\* **Polnische Märchen.** Eine Mitteilung des General-Kommandos in Breslau erklärt die Behauptungen des Warschauer Funkprüchs vom 13. 6. über angebliche preussische Umtriebe im Abstimmungsgebiet Oberschlesien unter Förderung von amtlichen militärischen Kreisen und der deutschen Regierung für unklar und die in dem Funkprüch wiedergegebenen Befehle und Anordnungen für erfunden.

Siehe Deine  
**Grenz-Spende**  
für die Volksabstimmung  
dem  
Deutschen Schutzbund  
Annahmestelle:  
**Sächsische Elbzeitung.**

\* **Die Kommunalwahlen in Groß-Berlin** erbrachten eine sozialistische Mehrheit. Als feststehend gilt, daß von den 225 Stadtverordnetenmandaten 125 an die beiden sozialistischen Parteien gefallen sind. In die übrigen 100 Mandate teilen sich die bürgerlichen Parteien, von denen nach bisheriger Feststellung die Deutsche Volkspartei am besten abgeschnitten hat.

\* **Abgeordneter Dr. Friedberg †.** Der Vorsitzende der demokratischen Fraktion der Preussischen Landesversammlung, Staatsminister a. D. Dr. Friedberg, ist in Berlin an Herzschlag gestorben. Der Verstorbenen, der 1851 in Berlin geboren wurde, war längere Zeit Professor der Staatswissenschaften in Leipzig und Halle. Später legte er aber die Professur nieder, um sich völlig dem politischen Leben zu widmen. So wurde er bald Führer der national-liberalen Landtagsfraktion. Im November 1917, als mit dem Eintritt Helfferichs die entscheidenden Veränderungen in der inneren Politik eintraten, wurde er Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums und zum Staatsminister ernannt. Nach der Auflösung der national-liberalen Partei schloß er sich der demokratischen Partei an, wo er gleichfalls sofort eine Führerrolle erhielt.

### Frankreich.

\* **Amerika verlangt Zahlung.** Der ehemalige Abgeordnete Franklin D. Roosevelt, der in England eine Enquete über die Stimmung des englischen Volkes und der politischen Kreise in England gegen Frankreich veranstaltet hat, erklärt, Lloyd George habe ihm gesagt, Frankreich und Italien schulden England 25 Milliarden und England schulde Amerika die gleiche Summe. Lloyd George habe in Washington erklären lassen, England wolle auf Rückzahlung verzichten, wenn Amerika ein gleiches tue. Die Forderung sei jedoch kategorisch und, wie er glaube, endgültig abgelehnt worden.

### Großbritannien.

\* **„Lieber eine Million Tote als ein freies Irland.“** Nach dem amtlichen Bericht über die Besprechung Lloyd Georges mit der Abordnung der englischen und irischen Eisenbahner in der Sache der Munitionsendungen nach Irland sagte der Premierminister, der Errichtung einer unabhängigen irischen Republik würde die Regierung nicht eher zustimmen, als bis sie völlig zu Boden geschlagen wäre. Lloyd George verglich die Lage in Irland mit einer ähnlichen in der Geschichte von Amerika und sagte, Lincoln habe lieber eine Million Tote und fünf Kriegsjahre daran setzen, als die Unabhängigkeit der Südstaaten anerkennen wollen. Die englische Regierung werde nötigenfalls ebenso handeln.

### Ungarn.

\* **Abwehr gegen den Boykott.** Der Standpunkt der ungarischen Regierung zum Boykott gegen Ungarn ist der, daß die ungarische Regierung gegen alle Staaten, welche die Blockade tatsächlich durchführen, von ihrem vollen Rechte, Repressalien zu ergreifen, Gebrauch machen und dieselben Maßnahmen durchführen wird, welche gegen Ungarn in den betreffenden Staaten tatsächlich durchgeführt werden.

### Aus In- und Ausland.

**Berlin.** Zum Elektrizitätsarbeiterausstand in Halle wird bekannt, daß der Magistrat ein Eingreifen der Technischen Nothilfe abgelehnt habe, da er die Aufrechterhaltung des Elektrizitätsnetzes nicht als lebenswichtig angesehen habe.

**Zürich.** Die Jahresversammlung des Schweizerischen Gewerbeverbandes hat sich entschieden gegen die 48-Stunden-Weche in den Gewerben erklärt.

**Genève.** Der Schweizer Bundesrat hat die Aufhebung der Grenzkontrolle und der Fremdenpolizei beschlossen.

**Paris.** Nach einer Meldung des „Populaire“ haben 65 Deputierte in der Kammer den Antrag gestellt, den nächsten Tag zeitweise außer Kraft zu setzen, um die Produktion in Frankreich zu erhöhen.

## Zum Marburger Freispruch.

Berlin, 22. Juni. Wie man uns aus Marburg meldet, wird von den Hinterbliebenen der Erschossenen und von den während der Transporte Mißhandelten gegen die 14 Angeklagten und einige Zeugen ein Schadenersatzverfahren wegen Totschlags, Körperverletzung und schwerer tätlicher Beleidigung vor den Zivilgerichten anhängig gemacht werden.

## Der belgische Haß.

Rotterdam, 22. Juni. Aus Brüssel wird gemeldet, daß der Verband der belgischen Advokaten am Sonnabend seinen Kongreß mit einem Festmahle beschloß. Als Justizminister Vanderveke in seiner Ansprache von der Notwendigkeit einer Völkerveröhnung sprach, wurden Rufe laut: „Nieder mit den Boches! Hin mit ihnen!“ In der nun folgenden Aufregung bestieg der Advokat Bovens die Tribüne. „Im Namen unserer Toten und Verwundeten proklamiere ich den Haß auf die Boches!“ rief er in den Saal. Minutenlanges Beifall folgte diesen Worten.

## Welt- und Volkswirtschaft.

**Berliner Produktenverehr.** Amtlich festgestellte Preise der Berliner Produktenbörse am 21. Juni: Hafer per 1000 Kilogramm auf Abladung 2240—2270 Mark ab Schlesien. 2300 Mark ab Pommern. Tendenz schwächer.

Richtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 120 bis 150 Mark, gelbe und grüne Erbsen 100—125 Mark, Beluschen 85—95 Mark, Ackerbohnen 85—95 Mark, Wicken 65—75 Mark, Lupinen 40—65 Mark, Serradella 42—50 Mark, Weizenheu, alles, lose 18—20 Mark, Stroh, drahtgepreßt 8—9½ Mark, gebündelt 7½—8½ Mark, Trodenschneid 57—63 Mark, Patent Steffen 95 bis 100 Mark.

\* **Die Wohnungsnot in Thüringen.** Nach einer vom sachsen-weimarischen Staatsministerium aufgestellten Statistik fehlen in Sachsen-Weimar-Eisenach 3500 und in ganz Thüringen 14 000 Wohnungen. Die Baukosten für die erforderlichen Neubauten würden sich für Sachsen-Weimar auf 70 Millionen Mark und für Thüringen auf 280 Millionen Mark stellen. Die mit 14 % vorgeschlagene Mietssteuer würde für Sachsen-Weimar 25 Millionen Mark und für Thüringen 100 Millionen Mark ergeben. Daraus ist zu sehen, daß ohne die Aufnahme einer Anleihe die Wohnungsnot nicht beseitigt werden kann.

\* **Feste Begrenzung der Sächsmieten.** Nach den Bestimmungen der Sächsmietenordnung soll das Mieteinigungsamt in den Fällen, wo der Vermieter den Beweis erbracht hat, daß der für den 1. Juli 1914 vereinbarte Mietzins außerordentlich niedrig war, den für den 1. Juli 1914 ortsüblich gewesenen Mietzins festsetzen. Diese Vorschrift hat den Zweck, unnötige Härten zu vermeiden. Wenn nun von den Hausbesitzerorganisationen jetzt vielfach der Versuch gemacht wird, auf Grund dieses Paragraphen eine allgemeine Heraushebung des Mietzinses zu erreichen, so wird vom Ministerium für Volkswohlstand darauf hingewiesen, daß die Anwendung dieser Vorschrift eine Ausnahme bleiben soll. Eine allgemeine Anwendung würde nicht nur gegen Sinn und Wortlaut der Verordnung verstoßen, sondern auch eine Unklarheit über die tatsächliche Höhe der Mietzuschläge herbeiführen, die aus volkswirtschaftlichen Gründen unbedingt vermieden werden muß. Eine Heraushebung des Mietzinses vom 11. Juli 1914 soll nur dann erfolgen, wenn der Nachweis erbracht wird, daß der vereinbarte Mietzins außerordentlich niedrig war. Auch muß verlangt werden, daß in den Entscheidungsgründen des Mieteinigungsamtes das Vorliegen eines außergewöhnlich niedrigen Mietzinses ab 1. Juni 1914 näher erläutert wird.

## Nah und Fern.

o **Die Post bereitet Überraschungen.** Von der Reichspostverwaltung ist zur Abwechslung einmal auch etwas Erfreuliches zu melden. Sie setzt vom 1. Juli ab infolge Verringerung des deutschen Markwertes das Umwandlungsverhältnis für die Telegrammgebühren nach dem Auslande von bisher 5,60 Mark auf 4,20 Mark für 1 Frank, also um 25 %, herab. Infolgedessen werden vom gleichen Zeitpunkt ab die Telegrammgebühren nach dem Auslande entsprechend billiger.

o **Pünktliche Abholung von Militärenten.** Empfänger von Militär-Versorgungsgebühren (Pensionen, Renten und Hinterbliebenenbezügen) werden an die pünktliche Abholung ihrer Gebührenscheine am kommenden Hauptzahltag 29. Juni erinnert. Empfänger, die zur Abholung am Hauptzahltag nicht in der Lage sind, werden dringend ersucht, unter allen Umständen die Beträge spätestens noch im Fälligkeitsmonat, Monat Juli, abzuheben.

o **Das Schicksal der „Waterland“.** Das bekannte Tiefenschiff „Waterland“, das von den Amerikanern wegen seiner riesigen Ausmaße „Leviathan“ getauft worden ist, soll, nach einer Ankündigung des amerikanischen Schiffsamtes, versteigert werden. Das Schiff war bereits in den Besitz des Zeitungsbetreibers William Hearst übergegangen. Aber dieser Kauf ist infolge des neuen Handelsseefahrtsgesetzes für ungültig erklärt worden. Danach hat nur das Schiffsamt das Recht, über die früheren deutschen Schiffe zu verfügen, und die Behörde will als Käufer nur amerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaften zulassen. Der Preis, für den das Schiff verkauft werden dürfte, wird auf 10 Millionen Dollar geschätzt.

o **Prinz Heinrich zu Schönau-Carolath gestorben.** Nach längerem Leiden starb in Berlin im Alter von 68 Jahren der frühere national-liberale Reichstagsabgeordnete Prinz Heinrich zu Schönau-Carolath. Der „rote Prinz“ wie man ihn wegen seiner liberalen Gesinnung in Hofkreisen nannte — besaß bei allen Parteien durch sein gewinnendes Auftreten und seine offene Kampfart Ansehen und Beliebtheit. Wie sein vor ihm verstorbener Bruder, der Dichter Emil zu Schönau-Carolath, zeigte er viel Verständnis für die Literatur.

o **Vom Ministerpräsidenten zum Volksschullehrer.** Der mehrheitssozialistische frühere bayerische Ministerpräsident Hoffmann hat, nach seiner Niederlage bei der Bürgermeistereiwahl in Ludwigshafen, in Kaiserslautern eine Stelle als Volksschullehrer angenommen und ist damit zu seinem ursprünglichen Beruf zurückgekehrt.



# Aus Stadt und Land.

Werkblatt für den 23. Juni.  
Sonnenaufgang 8<sup>29</sup> | Mondaufgang 12<sup>22</sup> N.  
Sonnenuntergang 8<sup>24</sup> | Monduntergang 11<sup>17</sup> N.  
1840 Geograph Neumann Wagner geb. — 1881 Botaniker  
Jakob Waltheis Schreiber gest. — 1916 Volksschriftsteller Heinrich  
Danzig geb.

## Wettervorhersage.

Wind wechselnd, zeitweise kühl, wärmer, Gewitterneigung, sonst keine erheblichen Niederschläge.

## Devisenkurs Prag vom 21. Juni 1920:

G.: 85,58<sup>1/2</sup> — B.: 85,73<sup>1/2</sup>

(Mitgeteilt von der Dresdner Bank Zweigstelle Schandau.)

**Freifahrtschein für die Abfuhr.** Die Erleichterungen, die dem Transport der stromberichtigsten Ost- und Westpreußen in die Heimat durch die polnischen Verkehrsbeschränkungen erwachsen, machen es notwendig, daß die mit einem Freifahrtschein des Deutschen Schutzbundes ausgestatteten Reisenden sich aus möglichst an den vorgeschriebenen Reisetagen und Zug, besonders auch für die Rückreise, halten. Die Freifahrtscheine gelten nur für den Zug, auf den sie ausgestellt sind. Im Interesse der Gesamtheit der Stimmberechtigten hat die Eisenbahnverwaltung die Benutzung anderer als der vorgeschriebenen Züge für unzulässig erklärt. Für verlorene oder verfallene Freifahrtscheine kann der Deutsche Schutzbund, der jeden ausgegebenen Freifahrtschein bezahlen muß, keinen Ersatz leisten. Um Irrtümer unter den Stimmberechtigten vorzubeugen, teilt der Deutsche Schutzbund weiter mit, daß alle auf den Transport bezüglichen Mitteilungen nur dann als verbindlich und zuverlässig anzusehen sind, wenn sie als vom Deutschen Schutzbund herrührend gekennzeichnet sind, der allein die Transportiragen bearbeitet.

**Neuer Zuschlag für „Expreszüge“.** Bei der letzten Tarifserhöhung sind auch die Gebühren für die „Expreszüge“ erhöht worden. Nach einer Bekanntmachung der Eisenbahndirektion Berlin wird für die Beförderung in Expreszügen (Zügen mit besonderer Geschwindigkeit und Bequemlichkeit, die in den Fahrplänen mit einem „L“ bezeichnet sind) von jetzt ab für die Person 0,81 Mark für den Tarifkilometer zuzüglich des tarifmäßigen Schnellzugzuschlages erhoben.

**Der Friedensvertrag und die sächsische Elbschiffahrt.** Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht Dr. Walter Nachod-Weißig im „Dr. Anz.“ einen hochinteressanten Artikel, der z. T. bereits von anderen Blättern verwertet worden ist. Wir entnehmen diesem volkswirtschaftlich bedeutungsvollen Aufsatz folgendes:

Die Nachricht, daß in diesen Tagen eine internationalisierte Kommission unter amerikanischem Vorsitz beginnen wird, auf den deutschen Flüssen und Wasserstraßen Fahrzeuge zu beschlagnahmen, erinnert erneut daran, daß der Friedensvertrag immer stärkere und verhängnisvollere Wirkungen auf das deutsche Wirtschaftsleben auszuüben beginnt. Für Sachsen als Uferstaat der Elbe hat der betreffende Abschnitt des Vertrages ebenfalls einschneidende Bedeutung. In Frage kommen die Artikel 331 und 339 des Friedensvertrages. Letzterer besagt: 1. Deutschland tritt den beteiligten alliierten und assoziierten Mächten längstens binnen drei Monaten nach Erhaltener amtlicher Aufforderung einen Teil der Schlepper und Boote ab, die nach Abzug des zur Wiederherstellung und Wiedergutmachung abgegebenen Materials in den Häfen der in Artikel 331 erwähnten Flußgebiete eingetragen bleiben. Deutschland tritt gleichfalls das Material jeder Art ab, dessen die beteiligten und assoziierten Mächte für die Ausnutzung dieser Flußgebiete bedürfen. 2. Die Zahl der abzutretenden Schlepper und Boote, die Menge des abzutretenden Materials und die Verteilung werden durch einen oder mehrere von den Vereinigten Staaten von Amerika bestimmten Schiedsrichter festgelegt. Hierbei sind besonders die berechtigten Bedürfnisse der beteiligten Personen und besonders der Schiffverleiher in den letzten fünf Jahren vor dem Kriege zu berücksichtigen. 3. Alle abgetretenen Fahrzeuge müssen mit ihrem Zubehör und ihrer Ausrüstung versehen, in gutem Zustande und zur Weiterbeförderung geeignet sein und sind aus den letzten Neubauten auszuwählen. 4. Die im gegenwärtigen Artikel vorgesehene Abtretung geben Anrecht auf eine Entschädigung, deren durch den oder die Schiedsrichter in Wausch und Bogen festgelegter Gesamtbetrag keinesfalls den Anschaffungswert des abgetretenen Materials übersteigen darf und auf die von Deutschland geschuldeten Beträge anzurechnen ist. Infolgedessen liegt Deutschland die Entschädigung der Eigentümer ob. Unter Güterverkehr, der doch so dringend der Entlastung durch die Wasserstraßen bedarf, wird wieder einer erneuten Belastung unterworfen. Werden wir einen raschen Blick auf die tatsächlichen Verhältnisse in der sächsischen Elbschiffahrt vor dem Kriege, um eine Unterlage zu gewinnen. Wir wollen uns an die Angaben für das Jahr 1914 halten, wo noch teilweise Friedensverhältnisse vorlagen. Nach dem statistischen Jahrbuch für das Königreich Sachsen 1914 waren für den Güterverkehr auf der Elbe in Sachsen beinahe und als solche eingetragen: 12 Güterdampfer, 30 Nachschleppdampfer, 22 Stettendampfer, 537 Segel- und Schlepsschiffe, zusammen 601 Fahrzeuge. Der Gesamttonnagehalt dieser sächsischen Elbschiffe betrug 249.257 Tonnen. Diese Ziffer als Grundlage angenommen: wieviel würden wir davon einbüßen? Artikel 339, 1. Satz, „einen Teil“. Wie groß der Teil sein wird, den wir einbüßen, hängt gänzlich von dem Spruch des amerikanischen Schiedsrichters ab. Von jenem Teil soll wieder ein dem Gutdünken des Schiedsrichters überlassener Teil dem Elbeverkehr entzogen und offenbar in die Binnenwasserstraßen eines Verbandsstaates übergeführt werden zu Zwecken „der Wiederherstellung und Wiedergutmachung“. Eine gewisse Milderung und eine Art Schutz unserer Interessen können unter Umständen die Worte im Artikel 339, 2. Satz, „den berechtigten Bedürfnissen der beteiligten Parteien und besonders dem Schiffsverkehrs der letzten fünf Jahre vor dem Kriege Rechnung getragen werden soll“. Vielleicht können wir voraussetzen, daß man nicht dieselbe von Benützungswilligen geleitete Methode gegen unsere Binnenwasserstraßen anwendet, wie man sie bisher gegen unsere Seehandelsflotte betätigt. Nehmen wir daher an, daß nur 20 v. H. unseres Schiffsbestandes auf der Elbe beschlagnahmt werden. Davon soll wieder die Hälfte in die Hände der Verbandsstaaten übergehen. Dem Elbeverkehr würden auf diese Weise bei Grundlegung erwählter Ziffern entzogen: 1 Güterdampfer, 3 Nachschleppdampfer, 2 Stettendampfer, 53 sonstige Schiffe, insgesamt 59 Fahrzeuge von ungefähr 2500 Tonnen Gehalt. Vergessen darf aber dabei nicht werden, daß nach Artikel 339, 3. Satz die beschlagnahmten Fahrzeuge aus dem besten und neuesten Material auszuwählen sind! Im Jahre 1914 wurden auf der Elbe nach Sachsen Güter in einer Gesamtmenge von 821.000 Tonnen eingeführt. Von besonders wichtigen Posten seien genannt: Getreide und Futtermittel 154.700 Tonnen, Holz 80.000 Tonnen, Eisen und Stahl 62.000 Tonnen, Baumwolle 54.000 Tonnen, Düngemittel 26.000 Tonnen. Durch den Wegfall eines Teiles der sächsischen Fahrzeuge muß sich notwendigerweise die Menge der auf dem billigen Wasserwege eingeführten und durchweg zum bringenden Wirtschaftsbedarf gehörigen Güter entsprechend verringern. Nehmen wir also an, 80.000 Tonnen an Gütern könnten vorerst nicht mehr auf dem Wasserwege eingeführt werden. Man möchte dafür die Eisenbahn in Anspruch nehmen. Das bedeutet eine erhebliche Mehrbelastung unseres ohnehin sehr angelegten Eisenbahnverkehrs, außerdem aber eine starke Vertenerung der genannten Güter infolge der höheren Transportkosten. Auch die soziale Wirkung der Beschlagnahme ist recht ernsthaft. Nach der gründlichen Untersuchung von Fleißner: Die Konzentration der Güterverladung auf der Elbe betrug die Zahl der 1907 in der sächsischen Elbschiffahrt beschäftigten Personen rund 8700. Bei einem völligen Verlust von nur 10 v. H. der Elbschiffe würden immerhin gegen 400 Personen allein in Sachsen

mindestens für einige Zeit arbeitslos, was bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise schwer ins Gewicht fällt. Vom Standpunkte der Schiffseigner betrachtet, sind die vorläufig angenommenen Verluste ebenfalls sehr erheblich. Artikel 339, 4. Satz, stellt als Grundlage für die anzuerkennende Entschädigung an Deutschland nur den Anschaffungswert der Fahrzeuge ein. Der heutige Wert der Schiffe ist jedoch sehr viel höher. Können wir bei dem gegenwärtigen Stande der Reichsfinanzen annehmen, daß den früheren Eigentümern der Schiffe der heutige volle Wert erstattet werden kann? Oder kann ihnen aus Staatsmitteln so viel bewilligt werden, daß sie instande sind, durch Neubauten den Verlust einigermaßen zu erlegen? — Auch ist hierbei zu berücksichtigen, daß solche Neubauten viel längere Zeit in Anspruch nehmen, als früher. Alle diese Umstände bedeuten eine schwere Schädigung besonders der kleineren und mittleren Schiffseigentümer, die schon vor dem Kriege hart um ihr Dasein zu ringen hatten. Zu hoffen ist, daß die Beschlagnahme mit der nötigen Vernunft und Objektivität erfolgt, die uns im Artikel 339 wenigstens auf dem Papier vorbehalten wird. Hier wird vielleicht durch eine nachdrückliche und sachliche Darlegung der beteiligten Interessenten und Behörden manches zu erreichen sein. Ferner aber hoffen wir, daß es der bewährten Tatkraft aller an der Elbschiffahrt beteiligten Kreise gelingen wird, die unvermeidliche Schädigung in möglichst kurzer Zeit zu überwinden.

**Die Belieferung der Einwohnerschaft von Bad Schandau mit verbilligten amerikanischen Fleischwaren.** Bekanntlich sollten, wie in der letzten gemeinschaftlichen öffentlichen Sitzung der städtischen Körperschaften zur Sprache gekommen ist, die im Spätherbst des vorigen Jahres aus dem besetzten Gebiete bez. dem Auslande hier eingeführten Fleischwaren (Speck und Fett) unserer Einwohnerschaft bei der Verteilung von verbilligten amerikanischen Fleischwaren mit in Anrechnung gebracht werden. Auf die dagegen bei der Landesfleischstelle erhobene Beschwerde ist heute beim Stadtrate der Bescheid eingegangen, daß „außer der bereits erfolgten Anrechnung von weiterer Anrechnung der eingeführten Fleischwaren mit Rücksicht auf die Länge der Zeit, die seit der Verteilung dieser Waren zurückliegt“, abgesehen werden soll.

**Sonnenwendfeier.** Auf den Höhen ringsum wurden in der Nacht zum Sonntag allenthalben reichbesuchte Sonnenwendfeiern abgehalten. Von den Abendzügen sah man Ströme von Menschen auf die Felsen pilgern. Um die 12. Stunde begann das Leuchten von den Spitzen. Holzstöße flammten in prächtige Blüt. Buntfeuer strahlte weiß hinaus. Raketenröhre wurden ausgetauscht vom Lilienstein zum Pfaffenstein, vom Bärenstein zur Festung. Gefänge wehten windzerissen in das Elbtal. Der Zauber der Johannisfeier lag auf der Felsenwelt der Heimat. — Wohl denen, die noch feiern können! Wohl uns, daß alte, gute, schöne Sitte wacherhalten wird!

**Auf die Wohltätigkeitsveranstaltung des Frauendank,** die für morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, im Kurhaussaale anberaumt ist, wird nochmals empfehlend hingewiesen. Die kunstbestimmte Jugend von Bad Schandau ist Träger des Programms und wird, wie zu erwarten steht, mit erfreulichen Leistungen an die Öffentlichkeit treten und den guten Zwecken des Vereins hoffentlich ein großes Publikum, so mit auch neue Mittel, zuführen.

**„Kleine kirchliche Nachrichten.“** Am 24. Juni, abends 7 Uhr (zum Johannistag) wird eine Feier auf unserem Friedhof von Pastor Obelner abgehalten, zu der auch der Kirchenchor seine Mitwirkung zugesagt hat. Am kommenden Sonntag, vorm. 1/2 11 Uhr, findet Konfirmandengottesdienst statt, an dem die Konfirmanden teilzunehmen haben. Selbstverständlich ist es Erwachsenen unbenommen, sich ebenfalls einzufinden. Der Gottesdienst wird wie ein Hauptgottesdienst ausgestattet sein, die Predigt um des besseren Verständnisses willen kurz und kindertümlich.

**Vorsicht bei Grenzüberschreitungen in der sächsischen Schweiz!** Wir lesen in den Dresdner Nachrichten: „Touristen, die auf das durch Zurückziehung des Militärs entstandene Gerücht hin, daß die tschechoslowakische Grenze unbesetzt sei, einen Ausflug ins Böhmisches wagen, seien darauf hingewiesen, daß der sogenannte „kleine Grenzverkehr“ — auch mit Grenzpaß — nur auf der Zollstraße (z. B. Bad Schandau—Herrnskretsch) gestattet ist. Wer auf Nebenwegen (das sind die Touristenwege) die Grenze überschreitet, läuft Gefahr, dies mit 15 Mark Strafe büßen zu müssen. Diese unangenehme Erfahrung mußten in letzter Zeit viele Besucher der sächsischen Schweiz machen. So sind vergangenen Sonntag zahlreiche Touristen, die auf dem sogenannten Fremdenwege nach dem Preisrichter wollten, dem bewaffneten Finanzposten, der sich etwa hundert Meter jenseits der Grenze aufgestellt hatte, unmittelsbar in die Arme gelaufen. Leider war eine von der deutschen Forstverwaltung an der Grenze aufgestellte Warnungstafel von Bubenhänden verschleppt worden. Der Posten machte ein so glänzendes Geschäft, daß seine mit einem unleserlichen Stempel versehenen Quittungen nicht ausreichten. Es dürfte nicht in unserem Interesse liegen, dem tschechischen Staate auf diese Weise zu einer guten Einnahmequelle zu verhelfen. — Wiederholt haben wir an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Tagesausweise lediglich zum Besuche von Herrnskretsch, der Edmundsklamm und des Preisrichters berechtigen und betont, daß jede Ueberschreitung dieser Befugnis von tschechischer Seite bestraft wird. Ebenso teilten wir nicht die Freude, die darüber entstand, daß das tschechische Militär von der Grenze zurückgezogen worden ist. Aus vorstehendem ist zu ersehen, daß unser Pessimismus berechtigt war, denn durch bewaffnete Finanzposten wird die Grenzüberwachung weiter gelöst. — Trotzdem ist es hart, ja sogar ungerecht, wenn den zu „Staatsverbrechern“ gestempelten Touristen hohe Strafgebühren abgeknüpft werden, denn es liegt hier doch kein böser Wille vor, nicht einmal Unkenntnis der Besetze kann man ihnen zur Last legen, u. zw. deshalb nicht, weil auch gegenteilige Meldungen durch die Presse gegangen sind. Mindestens mußten an den Grenzübergangsstellen die Warnungstafeln intakt sein. Sollte hier nicht ein energischer Protest der sächsischen Regierung an die tschechische von Erfolg sein? Schließlich beruht doch der wechselseitige Grenzverkehr auf Gegenseitigkeit, und wenn durch den kontrollierenden Finanzposten einwandfrei festgestellt wird, daß es sich um harmlose Touristen und nicht um verbrecherische Pascher handelt, so sollte doch der Bezaute — hüben wie drüben — das Recht bez. die Pflicht haben, den Grenzübertreter entweder seines

**Ein „Bund geistige Werke Schaffender“** haben die Schweizer Schriftsteller auf ihrer Generalversammlung zu gründen beschlossen. Auch in der vom Kriege verheerter gebliebenen Schweiz ist die Lage der geistigen Arbeiter bedauerlich schlecht geworden, aber einen so schwerfälligen Namen hätten sich die Schweizer Schriftsteller trotzdem nicht zu geben brauchen.

**Was nun fehlt.** In Wernigerode am Harz ist unter zahlreicher Beteiligung ein Bund der deutschen Rentner gegründet worden. Bisher bestanden nur einzelne Ortsgruppen, die sich nun zur Wahrung ihrer Interessen zu einem Bund zusammengeschlossen haben, der seinen Sitz in Wernigerode hat. Der Bund wird auch ein Bundesorgan herausgeben.

**Käufersfreud in Osnabrück.** Infolge der hohen Preise für Obst und Gemüse setzte auf dem letzten Wochenmarkt in Osnabrück zunächst ein Käufersfreud ein. Schließlich setzte das Publikum selbst die Preise fest. Da die Verkäufer sich dem Zwange fügten, kam es nicht zu größeren Gewalttätigkeiten. Verschiedene Trupps zogen dann durch die Stadt und schrieben den Gemüse- und Lebensmittelgeschäften die Preise vor. So wurde Obst und Gemüse statt zu 4 Mark bis zu 50 Pfennig das Pfund verkauft, Fleischwaren, Butter usw. statt zu 26 Mark zu 12 und 10 Mark.

**Wald- und Moorbrände.** Der seit einigen Tagen wütende Brand des Rissenborfer Moors bei Hannover vernichtete gewaltige Torfvorräte. Bei Lehe brennt ebenfalls das Moor. In der Lüneburger Heide sieht der ganze Waldbestand zwischen Ilse, Heinenbruch und Seinoeichen in Flammen. Die Waldungen bei Einem, Haverbeck sind niedergebrannt, wobei viel Wild umgekommen ist. Der schöne Wald des Iseber Berges ist gänzlich vernichtet. Auch an der Osener Grenze, bei Kühlenberg in der Umgegend des Aussichtsturmes auf Schalle und unweit Sahnenklee im Oberharz haben größere Waldbrände gewüthet.

**Die Unrentabilität der Straßenbahnen.** Die Geraer Elektrizitäts- und Straßenbahn Akt.-Ges. hat mit Rücksicht auf die Unrentabilität der Straßenbahn der Hälfte des Personals gekündigt. Der Straßenbahnverkehr in Gera soll in kurzem ganz eingestellt werden.

**Unerwartete Folge des Alkoholverbotes in Amerika.** Noch nie wurde in den Vereinigten Staaten soviel Kaffee getrunken wie gegenwärtig. Es ist dies eine Folge des Alkoholverbotes. Man erwartet eine Steigerung des Teeverbrauches; dieser nahm aber im Gegenteil um 20 % ab.

**Ungeklärtes Attentat auf Wilhelm II.** Der „Chicago Tribune“ wird aus dem Haag gemeldet, daß gegen den früheren Kaiser Wilhelm ein Attentat verübt wurde. Ein Deutscher, der sich als Arbeiter verkleidet hatte, verschaffte sich in das Schloß des ehemaligen Kaisers Zugang unter dem Vorwand, daß er dort die Wasserleitung reparieren müsse. Der Mann erwartete den Kaiser in der Halle und suchte den Kaiser mit einem Instrument zu töten, verletzte ihn aber nur am Kiefer. Der Täter wurde sofort verhaftet. Er verweigert jede Auskunft. — Die Nachricht klingt ein bißchen „hochsommerlich“ und — amerikanisch!

## Kurzer Volkshammerbericht.

Zu Beginn der Montags-Sitzung gab der Ministerpräsident zunächst die mit großer Spannung erwartete Regierungserklärung ab, in der u. a. gesagt wird, daß die Regierung mit einer Aussprache mit dem Ältesten-Ausschuß der Volkshammer sich bereit erklärt, die Regierungsgeschäfte bis zur Erledigung der dringendsten parlamentarischen Arbeiten, Beratung und Verabschiedung des Etats, des Verfassungsgesetzes, des Landtagswahlgesetzes und des sächsischen Vollzugsgesetzes zum Landessteuergesetz fortzuführen, bis die Landtagswahlen im Herbst vollzogen sein werden. Die Regierung erachte die öffentliche Einverständniserklärung der Volkshammer mit diesem Standpunkt der Regierung für geboten. Der Präsident Fräßdorf schlug daraufhin der Kammer vor, daß sie von der Erklärung der Regierung zustimmende Kenntnis nehmen solle. Namens der deutschen nationalen Fraktion erklärte Abg. Hofmann, daß seine Fraktion eigentlich aus parteipolitischer Ueberzeugung und Beharrlichkeit der heutigen Regierung gegenüber eine ablehnende Haltung annehmen müsse, daß sie sich aber der Einsicht nicht verschließen werde, daß es augenblicklich eine dringende Notwendigkeit ist, mit tunlichster Beschleunigung eine ordnungsgemäße Erledigung des Haushaltplanes, der Verfassung und des Landtagswahlgesetzes herbeizuführen, daß sie aber beim Vollzugsgesetz zum Landessteuergesetz eine Dringlichkeit nicht anerkennen kann, soweit es sich um die Einführung neuer Landessteuern, insbesondere der Steuern von Grund und Boden, Vermögen und von Gewerbebetrieben handle. In diesem Sinne sei seine Fraktion bereit, bei Erledigung dringender Regierungsvorlagen und Geschäfte positiv mitzuarbeiten, getreu ihrem Grundsatz, das Parteiinteresse dem anerkannten Staatswohl unterzuordnen. Abg. Liebmann (Unabh.) erklärt, daß seine Fraktion der Erledigung des Etats, des Wahlgesetzes und des Vollzugsgesetzes zum Landessteuergesetz zustimme, die Verfassung aber diese vom alten Landtage nicht mehr erledigt werden. Die anderen Parteien des Hauses äußerten sich zur Regierungsvorlage nicht, worauf der Antrag des Kammerpräsidenten, daß die Kammer von der Regierungserklärung in zustimmendem Sinne Kenntnis nimmt, gegen 12 Stimmen der Unabhängigen angenommen wurde. Hierauf begann die Etat-Beratung. Zur Begründung des Etats äußerte sich der Finanzminister Dr. Reinhold in längerer Rede, in der er als unbedingte Notwendigkeiten für eine gesunde Finanzverwaltung forderte: Sparsamkeit in allen Betrieben der Staatsverwaltung und des ganzen öffentlichen Lebens, großzügige, vom kaufmännischen Gesichtspunkte geleitete Betriebsführung in den Staats-Unternehmungen, gesunde Wirtschaftspolitik im Interesse unserer Industrie unseres Handels, unserer Landwirtschaft und aller anderen verbenden Stände und Rufe im Lande und rastlose, zielbewußte Arbeit aller Volksgenossen.

**Amerikanische Urteile im Rheinland.** Das amerikanische Militärgericht in Koblenz hat einen Mann, in dessen Wohnung eine deutsche Pistole, zwei deutsche Säbel und ein deutscher Militärrock gefunden worden waren, wegen Verletzung des amerikanischen Waffenbesitzverbotes zu sechs Monaten Zwangsarbeit verurteilt. — Ein Mann aus Koblenz, der eine Flasche Kognak an einen Deutschen verkaufte, die dieser dann mit Wissen des Verkäufers einem amerikanischen Soldaten wieder verkaufen wollte, wurde von demselben Gericht zu 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt.



Weges ziehen zu lassen oder ihn nur zurückzuweisen. Wir hoffen, daß unsere Regierung die geeigneten Wege finden wird, bei den tschechischen Behörden in diesem Sinne vorstellig zu werden.

**Der Wafewiker Juwelenraub vor Gericht.** Vor der zweiten Strafkammer des Dresdner Landgerichts hatte sich der 1891 zu Radeberg geborene Techniker Herbert Karl Dathe wegen eines von ihm verübten Juwelendiebstahls zu verantworten. D. hat — nach seinen Aussagen — zunächst die Volksschule, dann die Realschule in Pirna und Dresden besucht, brachte es bis zum Einjährigen, hat aber nur ein halbes Jahr gedient, weil er dann erkrankte. Während des Krieges war Dathe im Verlagshaus Mosse in Berlin und bei der dortigen Hotelbetriebs-Aktiengesellschaft als Betriebsingenieur tätig, arbeitete dabei in seine Tasche, wodurch er mit dem Strafgesetz in Konflikt geriet und insgesamt 2 Jahre 3 Monate Gefängnis erhielt. Nach der Revolution meldete sich Dathe auf dem Truppenübungsplatz Döberitz als Dr. Hausknecht und erhielt auch sofort angeblich ohne jede Prüfung seiner Papiere eine Stellung als Arzt bei der Reichswehr. Er meint, daß er seinen oft nicht leichten Posten länger als fünf Monate versehen und so manche Operation und Amputation vorgenommen habe und niemals einen Mißerfolg zu verzeichnen hatte. (?) Hunderte von Rezepten hat er ausgestellt, alles habe geklappt. Erst als seine Berliner Strafakten herausgekommen seien, wäre er geflohen, sonst würde er vielleicht heute noch seinen Dienst zur Zufriedenheit (?) versehen. Ende September v. J. tauchte Dathe als Oberstabsarzt Hofrat Dr. med. v. Hartmann aus München in Dresden auf und stieg im Hotel Bellevue ab. Seine Uniform, die mit Kriegskreuzen geschmückte Brust und sein sicheres Auftreten ließen keinen Zweifel aufkommen. Während einer Dampferfahrt nach Bad Schandau lernte D. eine junge Berliner Kaufmanns-ehetrau kennen, die sich zur Kur in einem Wafewiker Sanatorium aufhielt. Ahnungslos empfing sie ihn dabeilbst in seiner Eigenschaft als „Arzt“ einige Tage später. Durch eine kräftige Morphiumeinspritzung in den rechten Oberarm verleitete sie der Verbrecher in

einen tiefen Schlaf. Diese Gelegenheit nahm er wahr, um sämtliche im Zimmer befindlichen Schmuckstücke im Werte von 82000 M. an sich zu nehmen. Mit dem Morgenjunge fuhr er nach Berlin und verkaufte die Juwelen für 8000 M. Als die Betroffene am anderen Tage aus dem tiefen Schlaf erwachte, lenkte sich der Verbrecher erst gegen das Dienstpersonal. Da aber der „Oberstabsarzt“ nicht wieder kam, recherchierte man nach ihm. Im Hotel war er nicht mehr anwesend. Nach längerem Aufenthalt in Berlin flüchtete er nach Estland weiter Schwindeln begangen. Aus dem ärztlichen Gutachten geht hervor, daß D. mehrfach in Irrenanstalten untergebracht, z. T. aus diesen als geheilt entlassen bez. entlassen sei. Er hat sich viel mit medizinischer Literatur beschäftigt und Anschauungstafeln studiert. Die Papiere, die er sich verschaffte, indem er für Sanatorien durch Zwittere Verträge zu engagieren suchte und die eingesandten Zeugnisse entweder abschrieb oder behielt, sowie seine glaubhaften Angaben ermöglichten es ihm, daß er lange Zeit bei der Truppe als Arzt tätig sein konnte. Er ist für alle seine Taten voll verantwortlich. Das Gericht erkannte schließlich auf 2 Jahre Gefängnis, 6 Wochen Haft und bürgerlichen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Die Untersuchungshaft kommt in Anrechnung. Dathe hat sich nunmehr in Berlin und anderen deutschen Städten zu verantworten. So hatte er einen Zahlmeister in Döberitz um 2700 M. betrogen und eine Dame in Bad Seefeld um 30000 M. Kriegsanleihe geprellt, nachdem er dieser vorher als Dr. med. Hausknecht, die Ehe versprochen. In Hannover verabschiedete Dathe einer an Mandelentzündung erkrankten Dame auch eine Morphiumeinspritzung, und stahl ihr Kriegsanleihe und Bargeld im Gesamtwerte von 6600 M.

**Pirna.** Die Errichtung zweier staatlicher Kraftwagenlinien zwischen Pirna—Pillnitz und Pirna—Lohmen—Rathewalde soll demnächst ihrer Verwirklichung entgegengehen.

**Dresden.** Hier ist im Alter von 67 Jahren der Gelehrts- und Bildnis-maler Professor Ludwig Otto gestorben,

der sich auch als Radlerer einen guten Namen gemacht hat. Er gehörte ganz der älteren Generation an.

**Ripsdorf.** Ein ganzes Landhaus ist hier ausgeplündert worden. Es sind daraus Kleidungsstücke, Wäsche, Gardinen, Betten, Möbel und dergleichen Sachen gestohlen worden. Der Einbruch kann sehr lange Zeit zurückliegen, da das Landhaus — sicher in Anbetracht der Wohnungsnot — seit November vorigen Jahres nicht bewohnt war.

**Pichtenfels.** In Hochstadt stiegen Einbrecher in das Wohnzimmer der Frau Ernestine Reuter ein, sperren die Inhaberin des Geschäfts in ihr Schlafzimmer und raubten für 20000 Mark Waren. Die Räuber konnten in aller Ruhe ihren Beutezug vollbringen, da die Frau es nicht wagte, um Hilfe zu rufen.

**Lengsfeld.** Die Hölzbanden hatten auch von der Stadtgemeinde Lengsfeld 50000 M. erpreßt. Diese will mit den gleichfalls geschädigten Privaten wegen der zu ergreifenden Maßnahmen sich verständigen.

**Schönheide i. E.** Die wirtschaftliche Krise macht sich auch in unserer heimischen Wärfenindustrie stark bemerkbar und hat Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen zur Folge. Bis vor kurzem war der Geschäftsgang in dieser Branche lebhaft.

**Obernau i. E.** Längs den säch.-böhmischen Grenzorten erfolgen jetzt zahlreiche Einberufungen von Angehörigen der tschecho-slowakischen Armee. Man glaubt, daß das Militär gegen Polen gebraucht wird.

**Amthlicher Teil.**

**Erhöhung der Milchration.**

Die durch Bekanntmachung des Bezirksverbandes vom 6. Dezember 1919 — Sächsische Elbzzeitung Nr. 251 — herabgesetzten Vollmilchmengen werden mit Wirkung vom 6. Juli d. J. ab, d. i. dem Beginn der neuen Milchkarte, wieder erhöht.

Ab 6. Juli d. J. haben Anspruch auf

- a) 1 Liter Vollmilch: Kinder im 1. und 2. Lebensjahre, soweit sie nicht gestillt werden, und stillende Mütter auf jeden Säugling;
- b) 1/2 Liter Vollmilch: Kinder im 3. bis 6. Lebensjahre und werdende Mütter in den letzten 6 Monaten vor der Entbindung.

Bei Ausgabe der nächsten Vollmilchkarte erhalten demnach die unter a genannten Personen weiße über 1 Liter und die unter b genannten Versorgungsberechtigten blaue auf 1/2 Liter lautende Karten.

Pirna, den 19. Juni 1920.

Der Bezirksverband.

Außer den in Ziffer 5 der Bekanntmachung des Bezirksverbandes vom 16. d. M. (Sächsische Elbzzeitung Nr. 140) aufgeführten Spar-, Kredit- und Bezugsvereinen sind im hiesigen Bezirk zum Abschluß von Lieferungsverträgen auf Herbstkartoffeln weiter berechtigt die Landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft Pirna, e. G. m. b. H., in Pirna und das Kornhaus Bärenhecke, e. G. m. b. H. in Bärenhecke (Bez. Dresden).

Pirna, am 21. Juni 1920.

Für den Bezirksverband:  
Die Amtshauptmannschaft.

**Belieferung der Nahrungsmittelkarten**

W. M. I. Von den auf die Zeit vom 6. Juni bis 3. Juli 1920 ausgegebenen Nahrungsmittelkarten wird beliefert:

- Abschnitt I der A-Karte mit 250 g Zwieback oder Reks,
- „ I „ B-Karte „ 125 g Zwieback oder Reks und 125 g Sago,
- „ I „ C- u. D-Karte mit je 125 g Rindergerstenmehl,
- „ II und III der A-, B-, C- und D-Karte mit 500 g Haferflocken.

Der Kleinverkaufspreis beträgt für Sago 1.60 M. das Pfund, für Haferflocken 2.20 M. das Pfund. Der Kleinverkaufspreis für Zwieback, Reks und Rindergerstenmehl ist den Paketen aufgedruckt.

Die Belieferung des Abschnittes I darf nicht vor dem 26. Juni und die der Abschnitte II und III nicht vor dem 7. Juli 1920 erfolgen.

Abschnitt III der auf die Zeit vom 9. Mai bis 5. Juni 1920 ausgegebenen Nahrungsmittelkarten wird für verfallen erklärt.

Pirna, am 21. Juni 1920.

Der Bezirksverband.

**Öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums**

Mittwoch, den 23. d. M., abends 1/27 Uhr.

Tagesordnung:

1. Bewilligung eines Beitrages an den Deutschen Heimatbund Posen.
2. Erhöhung des Jahresbeitrages an den Gebirgsverein.
3. Kenntnisnahme vom Dankschreiben des Samaritervereins.
4. Kenntnisnahme von der Einladung zur Landes-Samariter-versammlung und Bewilligung von Mitteln zum Begrüßungsabend.
5. Kenntnisnahme vom Dankschreiben der Turngemeinde.
6. II. Nachtrag zur Bauordnung für die Stadt Bad Schandau betr.
7. Gewährung eines Beitrages zur Unterstützung der Volksabstimmung.
8. Veranstaltung einer Feyer für die heimgekehrten Kriegsgefangenen und Kriegsteilnehmer.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

**Briefumschläge** werden schnell angefertigt. Sächs. Elbzg.

**Kohlenversorgung betr.**

Soweit es noch nicht geschehen ist, können beliefert werden: Die Abschnitte 7 und 8 der weißen, rosafarbenen und Zusatzkohlenkarte mit je 3/4 Ztr. bez. 1/2 Ztr. Briketts.

Auch werden die noch rückständigen Marken 5 und 6 mit beliefert.

Ausgabe Mittwoch, den 23. d. M., vormittags von 8—12 Uhr und nachm. von 2—5 Uhr bei Mertigs.

Nach dieser Ausgabe werden die Abschnitte 5—8 der Kohlengrund- und Zusatzkarten für verfallen erklärt.

Bad Schandau, den 22. Juni 1920.

Der Stadtrat.

**Nichtamtlicher Teil.**

Sonnabend, d. 26. Juni 1920:

**Kasino**

— Anfang 7 Uhr. —  
Werte Damen und Mitglieder ladet hierzu freundlichst ein  
der Vorstand.



**Den Herren Rauchern**

bringe ich mein gut sortiertes Lager von

Zigarren, Zigaretten u. Rauchtobaken

zu angemessenen niedrigen Preisen in empfehlende Erinnerung.

**Wenzel Haase,**  
Bad Schandau,  
Zankenstr. 130.

**Blumendraht**  
(weiß, gelb, alle Stärken, Längen),  
**Sparherde,**  
Eisbech & Senking,  
**Weckgläser u. Klinge**  
empfehlen billigt  
Albert Knüpfel.

**Zeitungsbote**

für Rathmannsdorf, Plan zum 1. Juli gesucht.  
Zu melden in der Sächs. Elbz.

**Kaffee,**  
roh und geröstet,

**Kakao und Schokoladen**

kaufen Sie immer gut und preiswert bei

**Wenzel Haase,**  
Bad Schandau,  
Zankenstr. 130.

Ihre Vermählung geben hiermit bekannt

**Martin Schnabel**  
und Frau **Clärchen geb. Meyer**

Bad Schandau

Zwönitz i. E.

21. Juni 1920

**Selbständ. Kaufleute, Handwerker u. Gewerbetreibende**

Freitag, den 25. Juni, 8 Uhr abends, im „Gambrinus“:

**Wichtige**

**Versammlung.**

Erscheinen aller Mitglieder dringend erwünscht.

Der Ortsausschuß für Handel, Handwerk u. Gewerbe.

**Feinste Holländische Import-Zigarillos**  
aus rein Uebersee-Tabaken in eleg. Taschen à 10 und 20 Stück  
Mk. 580.— per Mille franko. Kleinverkaufspreis 75 Pfg.  
pro Stk. Verlangen Sie Probepäckchen mit 200 Stück zu  
Mk. 116.— franko Nachnahme.  
**M. Mirow, Zigarrenfabrik, Hamburg I.**

**Trauerbriefe u. Trauerkarten** fertigt schnell an  
d. Sächs. Elbz.

**Dampfschiff-Fahrplan.**

Ab Bad Schandau.

Gültig vom 22. Mai bis mit 5. August.	
Stromauf:	Stromab:
7.17	1.00
11.00	3.10
	5.50*
	8.18
	10.50
	2.45
	4.10
	5.15
	6.10

\* Nur Sonn- und Festtag.

**Hypothekengelder**

leicht nachweislich jeberzeit reeller  
Selbstgeber. Auch würde er zur  
Kapitalanlage kleineres oder  
größeres  
**Hausgrundstück kaufen.**  
Off. u. S. 139 an die Elbzzeitung.

**Warnung.**

Warne jeden vor Weiter-  
verbreitung der falschen  
Gerüchte.

Reinhardtshof, den 22. Juni.  
Dr. Wild.